

# DAS VÖLKISCHE PRINZIP IM NEUEN EUROPA

Von WOLFGANG PETERS

Goethe hat einmal darüber geklagt, daß das alte Europa belastet sei mit historischen Erinnerungen und politischen Formen der Vergangenheit, die jede Weiterentwicklung erschwerten, wenn nicht unmöglich machten. Er pries die Möglichkeiten der damals jungen Republik der Vereinigten Staaten von Amerika, deren Traditionslosigkeit eine freie Entwicklung des Einzelnen und der Gesamtheit begünstige. Dieses Problem taucht immer wieder in der Menschheitsgeschichte auf, und es ist kein Zufall, daß gerade die Völker Europas unter der Last der Tradition am meisten zu leiden haben, denn die abendländische Menschheit ist ihrer inneren Veranlagung nach dazu berufen, die Mächte der Geschichte in ihrer Entwicklung zur vollen Wirksamkeit gelangen zu lassen. Andere Völker, andere Kulturen sind in der Lage, ein Jahrtausendlanges sozusagen geschichtsloses Dasein zu führen, einfach, weil ihnen der Sinn für die Bedeutung der geschichtlichen Entwicklung abgeht. Das ist an sich kein Werturteil, sondern nur die Feststellung einer grundsätzlichen Verschiedenheit der abendländischen Menschheit von den übrigen Ausprägungen des menschlichen Geistes. Aber gerade das Abendland hat nicht das Recht, diese Erscheinung nur negativ zu werten, wie es ja auch Goethe in seiner Gesamteinstellung durchaus nicht getan hat. Denn niemand war wohl stärker als er in die Geschichte und Kultur des Abendlandes von den Griechen her verwurzelt, und wenn man die politischen Zustände seines Zeitalters ins Auge faßt, dann wird man seinen Stoßseufzer nur begreiflich finden. In Europa ist ein Fortschreiten zu neuen politischen Bildungen meist nur auf revolutionärem Weg möglich, weil die Mächte des Beharrens in dieser geschichtsgesättigten Atmosphäre eine unheimliche Kraft entfalten.

Mit den Augen eines Nichteuropäers gesehen, bilden die europäischen Völker eine Gemeinschaft, und man kann heute von solchen Menschen hören, daß nach ihrer Auffassung innereuropäische Kriege im Grund nur Bruderkriege sind. In anderen Erdteilen gibt es viel stärkere Rassen- und Völkergegensätze, deren nativistische Urkraft schlechthin unüberwindlich ist. Diese Auffassung ist sicherlich berechtigt vom Standpunkt desjenigen, der die Tatsachen und Entwicklungen im europäischen Staats- und Völkerleben mit einem außereuropäischen Maßstab mißt. Denn der Europafremde kann sich keine Vorstellung machen von den historischen Belastungen, die diese Völkerfamilie Europa zu tragen hat. Vielleicht gab es einmal eine Zeit, in der eine Vereinheitlichung der politischen Führung Europas unter der starken Macht des mittelalterlichen

deutschen Kaisertums möglich gewesen wäre. Aber die Ansätze dazu zerbrachen in dem Machtkampf zwischen dem Kaisertum und der Hierarchie, und im Schatten dieser welthistorischen Auseinandersetzung entwickelten sich die selbständigen Staaten, die in der Neuzeit das sogenannte europäische Staatensystem konstituierten. Dieser Ablauf der europäischen Geschichte brachte zwangsläufig eine Verhärtung der nationalen Gegensätze mit sich. Die Machtkämpfe unter den Staaten, die den wesentlichen Inhalt der neueren europäischen Geschichte bilden und die durch die angemessene Schiedsrichterrolle Englands noch immer weiter gesteigert wurden, ließen die Völker Europas ihre gemeinsamen Kulturgüter und ihre gemeinsame politische Aufgabe vergessen. Dies konnte ohne eine unmittelbare Gefährdung der Stellung Europas so lange geschehen, als es in der Welt keine wesentlichen anderen Machtfaktoren gab. Die Krise trat ein, als das europäische Staatensystem im Weltkrieg seine Ausweitung zum Weltstaatensystem erlebte.

Eine entscheidende Komplizierung erfuhr das europäische Staats- und Volksleben dadurch, daß die Staats- und Volksgrenzen sich meist nicht deckten. Kann man im Westen Europas noch mit einem gewissen Recht davon sprechen, daß Staat und Volk eine Einheit bilden, so wohnen in Mittel- und Osteuropa die Völker im Gemenge. Niemals sind in diesen Räumen Staats- und Volksgrenzen identisch gewesen, immer hat es Führungsvölker gegeben, die für die Geschehnisse namentlich der kleineren Volkssplitter verantwortlich waren. Dieses Abhängigkeitsverhältnis hatte im Mittelalter seinen Ausdruck in den Lehnshoheiten gefunden. In der neueren Zeit haben sich in Mittel- und Osteuropa größere Staaten gebildet, die kleinere Volksteile unter ihre Fittiche nahmen. Bis zum 19. Jahrhundert entstanden dadurch keine Schwierigkeiten. Hatte noch im 17. Jahrhundert die religiöse Frage die Gemüter vollkommen beherrscht und das Nationalitätenproblem, wenn man von der besonders gelagerten tschechischen Frage absieht, gar nicht aufkommen lassen, hatte im 18. Jahrhundert der fürstliche Absolutismus mit seiner rationalistischen Staatskonstruktion das ganze politische Leben in seinen Bann gezogen, so erwachten im 19. Jahrhundert die Instinkte und das Selbstbewußtsein der Völker umso gründlicher. Die deutsche Romantik hat viel dazu beigetragen, die Selbstbestimmung der Völker zu wecken und zu fördern. Die nationale Renaissance mancher dieser Völker ist ohne das Wirken Herders kaum denkbar. Zunächst handelte es sich meist um eine rein kulturelle Bewegung, die aber unter dem Einfluß des Zeitgeistes sehr bald den Weg ins Politische fand. Dieser Zeitgeist waren die Ideen der französischen Revolution, die Ideen von 1789.

Es ist heute nicht mehr nötig, eine weltanschauliche Fehde gegen den zersetzenden Charakter der westlichen Demokratie zu führen. Die Gedankengänge der englischen Independenten, die über Nordamerika nach Frankreich gedrungen waren und die Ideen der französischen Aufklärung schufen das staatspolitische System, das in Frankreich bis zum Jahre 1914 geherrscht hat, das durch alle möglichen Kanäle in Deutschland eindrang und dort mit wechselndem Glück bis 1933 sein Unwesen trieb, und das die Nationalitätenfrage in anderen Ländern, besonders in

der alten habsburgischen Monarchie, von Grund aus vergiftete. Einerseits wurde die These des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem hervorragenden Agitationsmittel, das seine Sprengwirkung von Jahrzehnt zu Jahrzehnt stärker ausübte, andererseits dienten die Spielregeln des demokratischen Majoritätsprinzips sehr im Gegensatz zu dem Freiheitsstreben der Völkergruppen dazu, die Rechte völkischer Minderheitsgruppen im Namen der wahren Demokratie zu vergewaltigen. Schließlich trug das parlamentarische System, wie es sich nach angeblich englischen Vorbildern auf dem Kontinent entwickelte, durch seine obligaten Korruptionerscheinungen nicht wenig dazu bei, die Spannungen unter den Völkern zu vergrößern. Im Grunde war es überall die Anwendung von Prinzipien, die auf einem ganz anderen Boden entstanden waren, auf die völlig verschiedenen Probleme des mittel- und osteuropäischen Raumes, die zur Zersetzung altgewachsener Lebensformen entscheidend beitrug. Diesem Ansturm zersetzender Tendenzen waren die alten Ordnungen nicht gewachsen. Die sogenannte Neuordnung durch die Pariser Vorortverträge hat das Übel überall nur vergrößert. Alle Versuche, innerhalb dieses politischen Rahmens durch eine gemeinsame Minderheitenpolitik einen Ausweg aus den turmhohen Schwierigkeiten zu finden, mußte schon deshalb scheitern, weil sie auf dem Boden desselben demokratischen Prinzips unternommen wurden, das die Schuld an der Verwirrung trug. Aber zweifellos haben sich in dieser Zeit der höchsten Not im Existenzkampf der Völker die Meinungen geklärt und die Gemüter waren aufgeschlossen für eine wirkliche Neuordnung, als die Zeit durch die umstürzenden Ereignisse der letzten Jahre dafür reif wurde.

Will man die Grundsätze, nach denen sich das Zusammenleben der Völker im neuen Europa künftig richten muß, einigermaßen verstehen, dann muß man von dem ausgehen, was bisher die friedliche Zusammenarbeit gestört hat. Das war — auf eine kurze Formel gebracht — der demokratische Schematismus, der vom Volkstum aus gesehen, die Freiheit und Gleichheit des einzelnen Individuums predigte, aber diese Rechte im Strudel der parlamentarischen Majoritätspolitik restlos untergehen ließ, der vom Staate her gesehen die einzelnen Individuen fremder Nationalität oder Sprache als geeignetes Objekt für Nationalisierungsversuche ansah. Der grundlegende Wandel zu einer organischen Auffassung der Volkstumsfragen lag darin, daß auch auf diesem Gebiet nicht mehr der Einzelne, sondern die Gemeinschaft den Vorrang erhielt. Der Angehörige einer Volksgruppe kann heute nur dann ein besonderes Recht für sich in Anspruch nehmen, wenn er sich als Mitglied einer übergreifenden Gemeinschaft legitimieren kann. Darin spricht sich die Grundauffassung aus, daß Völker und Volksgruppen, wiederum im Sinne der bahnbrechenden Entdeckungen der deutschen Romantik, überpersönliche Wesenheiten sind wie auch die Staaten. Mit dieser Erkenntnis aber ist ein für allemal der Weg abgeschnitten von den früheren Methoden der Vergewaltigung und der Entnationalisierung. Die Anerkennung des fremden Volkstums ist heute die Grundlage für das friedliche Beisammenleben der Völker geworden. Es ist selbstverständlich, daß eine solche umwälzende Idee sich in der Praxis erst allmählich auswirkt und daß es

Hemmungen gibt, wenn es darauf ankommt, nicht nur die Vorurteile der liberal-demokratischen Ära zu überwinden, sondern auch die nationalen Gegensätze, die im Charakter und der Geschichte der europäischen Völker begründet sind. Gerade in Europa, das die Erbschaft von mehr als einem Jahrtausend mit sich herumzutragen hat, bedarf es oftmals einer behutsamen Behandlung und einer sorgfältigen Erziehung der Menschen und auch der Völker, wenn haltbare Ergebnisse erzielt werden sollen.

Die grundsätzliche Überwindung des demokratischen Gleichheitsprinzips bedingt aber im Zusammenleben der Völker etwas Weiteres, sehr Wichtiges. Man kann nicht mehr an der Fiktion festhalten, daß alle Völker und Volkssplitter mit völlig gleichen Rechten in der europäischen Gemeinschaft stehen. Wollte man mit einem solchen Grundsatz Ernst machen, dann wäre die knapp überwundene Verwirrung sofort wieder da. So sicher es bestimmte Grundrechte des Volkstums gibt, die unter allen Umständen geachtet werden müssen, so steht dem gegenüber die Notwendigkeit der Einordnung in einen größeren politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Rahmen. Es ist ja nach der neuen Auffassung der Rechte des Einzelnen auch nicht so, daß Sozialismus schlechthin Gleichheit bedeutet. Wohl aber hat der Einzelne den Anspruch darauf, entsprechend seinen Fähigkeiten zu schaffen und zu wirken. Ebenso gibt es selbstverständlich Rangunterschiede unter den Völkern. Sie sind einmal in dem primitiven Gesetz der Zahl begründet, denn es ist selbstverständlich, daß ein großes Volk schon dank seiner natürlichen Schwerkraft in vielen entscheidenden Dingen einen stärkeren Einfluß ausübt, als ein kleiner Volkssplitter. Die Unterschiede liegen aber auch in der politischen Begabung der Völker. Zweifellos gibt es Völker, die vor anderen dazu berufen sind, in gewissen Räumen eine führende Stellung einzunehmen. Wollte man diese Dinge auf Grund einer schematischen Gleichheitstheorie lösen, so würde man alle historischen Gegebenheiten dabei über den Haufen werfen. Gerade aber der geschichtliche Faktor, der sich so oft in der Entwicklung Europas als ein schweres Hemmnis erwiesen hat, ist auf der anderen Seite ein Moment von höchster positiver Kraft. Denn es ist einfach nicht wahr, daß man auf Grund eines irgendwo zustande gekommenen gegenwärtigen Zustandes alle die historischen Imponderabilien über Bord werfen darf, die sich noch immer im europäischen Leben als unentbehrliche Regulatoren sonst auseinanderstrebender Tendenzen erwiesen haben. Es ist klar, daß diese Grundsätze nur ein sehr allgemeines Schema darstellen, aber für die politische Behandlung des einzelnen Falles gibt es eben keine verbindlichen Gebrauchsanweisungen, sondern es hängt alles von dem Verantwortungsgefühl und dem Takt der Staatsmänner ab, die die Entscheidungen zu treffen haben. Es liegt auf der Hand, daß die Entschlüsse der Staatsmänner gerade in dieser Beziehung von einem anderen Geist getragen sein müssen, als es früher im Zeitalter der Kabinettpolitik oft üblich war. Denn wenn man einmal die Aufgabe erkannt hat, zu einem wirklichen Zusammenleben der europäischen Völker zu gelangen, dann ist es unbedingt erforderlich, daß aus den Beziehungen zwischen den Völkern die Hinterhältigkeiten verschwinden, die in der Diplomatie einem Feinde gegenüber unvermeid-

lich sind, die aber in einer Gemeinschaft nichts zu suchen haben. Man wird erwarten müssen, daß namentlich die Mächtigeren diejenige Großzügigkeit walten lassen, die die Voraussetzung für ein wirklich vertrauensvolles Verhältnis ist.

Man wird allgemein sagen dürfen, daß die Werte eines Volkstumes sich aus seiner biologischen Vitalität — gewiß nicht aus ihr allein —, aus seiner kulturellen Leistung, aus seinem wirtschaftlichen Können und sehr maßgeblich aus seiner geschichtlich erprobten staatsbildenden Kraft ergeben. Um einen gerechten Ausgleich der vielen Probleme und Streitfragen zu finden, die heute immer noch zwischen den Völkern Europas schweben, wird man auch die historische und kulturelle Verbundenheit stärkstens berücksichtigen müssen, die zwischen einem Volkstum und dem von ihm bewohnten Raum bestehen. Eine der schwierigsten Tatsachen in vielen Teilen des heutigen Europa besteht darin, daß derselbe Raum von mehreren Völkern beansprucht wird, die darin ansässig sind und die auf Grund der Volkszahl der Geschichte, der wirtschaftlichen, geographischen und strategischen Notwendigkeiten ihr Alleinrecht darauf beanspruchen oder wenigstens die Vereinigung dieses Raumes mit einer anliegenden größeren Staats- und Volksgemeinschaft fordern. Es ist bekannt, daß dieses Problem gerade in den auswärtigen Beziehungen Ungarns in der Nachweltkriegszeit eine ausschlaggebende Rolle gespielt hat. Durch die Schiedssprüche der Achsenmächte sind Neuregelungen getroffen worden, die historisches Unrecht wieder gutgemacht haben. Es ist ebenso bekannt, daß gerade im südosteuropäischen Raum noch nicht alle Probleme dieser Art gelöst sind. Wenn man einige grundsätzliche Gesichtspunkte dazu herausstellen will, dann wird man sich zunächst einmal zu der Überzeugung durchringen müssen, daß es nicht angeht, durch die Aufrollung der Quantitätenfrage allein einen Schlüssel zur Lösung zu finden. Gewiß ist es in keinem Fall unbeachtlich, wie sich verschiedene Volkstümer zahlenmäßig in einem Gebiet verteilen. Aber es ist nicht angängig, die Endentscheidung lediglich auf Grund einer relativen Mehrheit fällen zu wollen. Andererseits muß es in einer Zeit, die unter den Völkern und Volksgruppen den Grundsatz der ehrlichen gegenseitigen Anerkennung zur Geltung bringen will, als unzumutbar und gefährlich bezeichnet werden, durch irgendwelche Kunstgriffe die Bevölkerungsstatistik zu retouchieren. Wer das tut, der ist innerlich noch in den demokratischen Gedankengängen von Einst verhaftet. Es ist auch heute aussichtslos, durch Zwang oder Überredung wesentliche Teile eines Volkstums absplittern zu wollen. Auch diese Methoden müssen endgültig der Vergangenheit angehören. Ebenso ist es töricht, mit Hilfe von „historischen Beweisen“ neuester Prägung das Recht einer Volksgruppe auf einen bestimmten Raum belegen zu wollen, dessen geschichtliche Vergangenheit jedem Fachmann klar ist. Diese „historischen Beweise“ sind längst zu einer argen Pseudowissenschaft geworden. Sie ähneln häufig den Schriftsätzen gerissener Advokaten, die eine faule Sache mit einem großen Aufwand an juristischer Spitzfindigkeit zum Sieg führen wollen. Die Geschichtsklitterei in Propagandabroschüren ist eines der trübsten Kapitel in den Auseinandersetzungen, die in den not-

wendigen Erörterungen über die Neugestaltung Europas geführt werden. Meist sind sie nach dem primitiven Schema gearbeitet, einen willkürlich gewählten Zeitpunkt herauszugreifen und an diesem alle gewünschten Folgerungen aufzuhängen. So begreiflich es ist, daß jedes Volkstum einen inneren Halt an den großen Werten seiner Geschichte sucht, so ist diese Entartung der historischen Betrachtungsweise allmählich zu einer Gefahr für den Frieden unter den europäischen Völkern geworden.

Man wird nun fragen, worin denn das objektive Kriterium für die Entscheidung dieser für so viele Völker lebenswichtigen Frage steht. Die Antwort muß lauten: ein solches gibt es nicht. Wir haben uns glücklicherweise von allen den mechanischen Gesichtspunkten freigemacht, die früher auf diesem Gebiet eine unheilvolle Rolle spielten. Die Entscheidung ist damit in das persönliche Verantwortungsgefühl der dazu berufenen Staatsmänner verlegt, sowohl derjenigen, die als unmittelbare Interessenten daran beteiligt sind, als auch derer, denen vielleicht dabei eine Schiedsrichterrolle zufällt. Freilich gibt es regulative Prinzipien, die im Geiste der neuen europäischen Gemeinschaft dabei angewendet werden müssen. So verwerflich die „Begründung“ territorialer und sonstiger Ansprüche mit pseudohistorischen Argumenten ist, so sehr ist jeder verantwortlicher Staatsmann dazu verpflichtet, auf die Stimme der Geschichte zu hören, die staatlichen und kulturellen Leistungen eines Volkstums in einem bestimmten Gebiet zu würdigen, den unerläßlichen Zusammenhang zwischen staatlichem und völkischem Leben zu berücksichtigen, die Ausdehnungsmöglichkeiten und Notwendigkeiten eines Volkes auf Grund seiner biologischen Kraft zu erwägen, und schließlich auch die wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeiten und die politisch-strategischen Verhältnisse nicht außer Acht zu lassen. Mit anderen Worten: in jeder Entscheidung muß der gesamte Komplex des nationalen und kulturellen Daseins der Völker berücksichtigt und gegeneinander abgewogen werden. Es ist bei aller Würdigung der zahlenmäßigen Verhältnisse einem Staatsmann nicht mehr möglich, sich allein auf etwaige Abstimmungsergebnisse oder Volkszählungen zu stützen.

Auf dieser Grundlage der übergreifenden und ordnenden Gerechtigkeit muß sich das Zusammenleben der Völker im künftigen Europa aufbauen. Blickt man in die Vergangenheit zurück, so erkennt man leicht, daß damit ein entscheidender Schritt zu etwas Neuem vollzogen wird. Die Stellung, die Europa als Ganzes künftig in der Welt einnehmen wird, erheischt gebieterisch, daß die innereuropäischen Kämpfe, das Erbteil unserer Staaten- und Volksgeschichte im vergangenen Jahrtausend endgültig aufhören. Niemand kann sich der Illusion hingeben, daß die Anerkennung dieses Grundsatzes, der sich heute in Europa nicht mehr allzu viele verschließen, gleichzeitig auch die Beseitigung aller Spannungen mit sich bringt. Es wird noch eine geraume Zeit dauern, bis die Mentalität aller Völker Europas sich bis zu diesem Ziel entwickelt hat. Es wird voraussichtlich immer Spannungen geben, wie ja auch innerhalb eines Volkes Spannungen vorhanden sind. Schließlich beruht ja jedes Fortschreiten auf solchen Spannungen, und niemand wird dem künftigen Europa die Ruhe eines Kirchhofes wünschen. Nur darauf kommt es an,

*W. Peters: Das völkische Prinzip im neuen Europa*

**daß** alle Völker sich dazu durchringen, solche Gegensätze im Rahmen einer größeren Gemeinsamkeit friedlich auszutragen. Ebenso wie in den in sich gefestigten Staaten des neuen Europas die Zeit der Saalschlachten vorbei ist, so muß auch innerhalb der europäischen Völkerfamilie der Verzicht auf die gewaltsame Bereinigung naturgegebener Gegensätze an der Spitze des neuen politischen Glaubensbekenntnisses stehen. Die Führungsrolle, die die beiden revolutionären Mächte im Herzen Europas übernommen haben, um diesen Kontinent seine künftige Stellung in der Welt zu sichern, bürgt im übrigen dafür, daß böswillige Störungen der neuen Ordnung im Keim erstickt werden. Solche Maßnahmen sollen und werden aber immer eine Ausnahme bleiben müssen, denn die neue europäische Gemeinschaft soll auf der freiwilligen und selbstgewollten Zusammenarbeit der Staaten und Völker beruhen.